
Konsequente Reform von „Hartz IV“ – 10-Punkte-Plan der BDA –

BDA Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

Hausadresse:
Haus der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29
10178 Berlin

Briefadresse:
11054 Berlin

Tel. +49 30 2033-0
Fax +49 30 2033-1055
<http://www.bda-online.de>

Berlin, 31. Juli 2006

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer Grundsicherung für erwerbsfähige Hilfeempfänger im Rahmen von „Hartz IV“ war ein grundsätzlich richtiger Schritt. Allerdings wurden aufgrund massiver Konstruktionsfehler der neuen Fürsorgeleistung „Arbeitslosengeld II“ die damit verfolgten Ziele – weniger Langzeitarbeitslose, weniger Kosten für den Steuerzahler und weniger Verwaltungsaufwand – bislang verfehlt. Vielmehr ist die Zahl der Leistungsempfänger gestiegen, sind die Kosten explodiert und die Verwaltungsabläufe noch umständlicher geworden, so dass die Aktivierungsstrategie gar nicht erst richtig anlaufen konnte. Mit den zwei Korrekturgesetzen, die bisher auf den Weg gebracht wurden, ist keine grundlegende Wende zum Besseren vollzogen, sondern sind lediglich einige Fehler beseitigt und teilweise sogar kontraproduktive Maßnahmen eingeleitet worden. Für eine wirksame Fürsorgeleistung, die Eigenbemühungen erwerbsfähiger Hilfebedürftiger fördert und dazu beiträgt endlich wieder mehr Langzeitarbeitslose und geringer Qualifizierte in Beschäftigung zu bringen, müssen mit einer durchgreifenden Reform die fortbestehende Konstruktionsfehler von „Hartz IV“ beseitigt werden.

Die BDA hat dafür einen 10-Punkte-Handlungskatalog erarbeitet:

1. Klare Aufgaben- und Verantwortungszuweisung herstellen – „Organisationschaos“ beseitigen

Eine klare Aufgaben- und Verantwortungszuweisung ist die Grundvoraussetzung für die notwendige Handlungsfähigkeit der Träger der Fürsorgeleistung. Mit den sog. Arbeitsgemeinschaften (ARGE) zur Umsetzung von „Hartz IV“, in denen Arbeitsagenturen und Kommunen zusammenarbeiten sollen, wurde eine kaum administrierbare, flächendeckende neue Verwaltungsebene in Deutschland eingezogen, die auch der „Hartz IV“-Ombudsrat als „bürokratisches Monster“ und „Organisationschaos“ bewertet. Die alleinige Verantwortung für die staatliche Grundsicherung „Arbeitslosengeld II“ sollte auf die Kommunen übertragen werden, so wie früher bei der Sozialhilfe. Die Kommunen können und sollen dann für vertraglich zu vereinbarende arbeitsmarktpolitische Dienstleistungen die Bundesagentur für Arbeit gegen Kostenerstattung in Anspruch nehmen, z. B. im Vermittlungsbereich. Wichtig ist überdies, auch im steuerfinanzierten Fürsorgebereich vollständige Transparenz über Kosten und Wirkungen der Maßnahmen im Rahmen eines effektiven Steuerungs- und Controllingsystems herzustellen.



Konsequente Reform von „Hartz IV“
– 10-Punkte-Plan der BDA –
Berlin, 31. Juli 2006

2. Leistungsfeindliche Zuschläge abschaffen

Alle Zusatzleistungen, die über die Grundsicherung hinausgehen, verringern die Anreize, schnellstmöglich eine Beschäftigung aufzunehmen. Daher müssen insbesondere die systemwidrigen Zuschläge für ehemalige Empfänger von Arbeitslosengeld, die teilweise bis ins vierte Jahr der Arbeitslosigkeit hinein zusätzlich zum „Arbeitslosengeld II“ gewährt werden und mitunter nochmals 50 Prozent der Regelleistung ausmachen können, ersatzlos gestrichen werden. Sie schreiben die Fehlanreize der alten Arbeitslosenhilfe fort. Hier wird faktisch wieder mehr „Lohn“ für Nicht-Arbeit gezahlt und es bleibt attraktiver in Leistungsbezug und Arbeitslosigkeit zu verharren, statt gegebenenfalls auch eine einfache und entsprechend niedriger entlohnte Tätigkeit aufnehmen zu müssen. Zu Recht haben auch Spitzenvertreter von Arbeiterwohlfahrt, Diakonie, Deutschem Roten Kreuz und Kommunalverbänden die Zuschläge kritisiert und sich für mehr Anreize zur Arbeitsaufnahme ausgesprochen.

3. Leistungsniveau nach objektiven Kriterien festlegen

Die Höhe der Fürsorgeleistung muss strikt nach objektiven Kriterien festgelegt und gegebenenfalls auch regional differenziert werden. Maßgebend ist die allgemeine Entwicklung der Einkommenssituation und der Verbraucherkosten, damit nicht an Stelle von Hilfe für Bedürftige in einer Notsituation überhöhte Lasten für die Solidargemeinschaft geschaffen werden. Zu überprüfen ist auch die Gesamthöhe des freigestellten Vermögens, das „Arbeitslosengeld II“-Empfänger nicht einzusetzen brauchen, obwohl sie eine bedürftigkeitsabhängige Leistung aus Steuermitteln beziehen. Im Zusammenhang mit der Abschaffung von Fehlanreizen muss zudem sichergestellt werden, dass der Bezug von Pflegegeld oder Erziehungsgeld bzw. künftig von Elterngeld analog der Regelungen zum Kindergeld auf den „Arbeitslosengeld II“-Anspruch angerechnet wird.

4. Fürsorgebezug ohne Arbeitsbereitschaft für Ältere abschaffen

Die Arbeitsvermittlung muss gerade auch für ältere Arbeitslose intensiviert werden. Dass die Möglichkeit, ab dem 58. Lebensjahr Fürsorgeleistungen zu beziehen, ohne dem Arbeitsmarkt überhaupt zur Verfügung zu stehen (§ 65 Abs. 4 SGB II) bis 2007 verlängert wurde, widerspricht dieser Zielsetzung. Die so genannte „58er Regelung“ ist einem subsidiären Fürsorgesystem wesensfremd, gibt ein falsches Signal zur Frühverrentung steht einer Re-Integration älterer Arbeitsloser in Beschäftigung entgegen. Die „58er-Regelung“ muss daher schnellstmöglich auslaufen.



Konsequente Reform von „Hartz IV“
– 10-Punkte-Plan der BDA –
Berlin, 31. Juli 2006

5. Subsidiaritätsprinzip stärken, Unterhaltsrückgriff verbessern

Die noch in der Sozialhilfe übliche, mit „Hartz IV“ erfolgte Aufgabe der vorrangigen gegenseitigen Erstattungspflicht von Eltern und Kindern war falsch und hat maßgeblich zu steigenden Zahlen bei den Bedarfsgemeinschaften und steigenden Kosten für die Fürsorgeleistung beigetragen. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips muss die gegenseitige Unterstützung von Eltern und Kindern wie bei der früheren Sozialhilfe wieder Vorrang vor staatlicher Unterstützung erhalten. Vor allem muss der Rückgriff auch bei Unterhaltsansprüchen von „Arbeitslosengeld II“-Empfängern wieder eingeführt werden, die 25 Jahre und älter sind, wie dies in der früheren Sozialhilfe geregelt war. Eine gegenseitige Unterhaltspflicht von Eltern und Kindern ist die wirkungsvollste Missbrauchsbekämpfung ohne jede Bürokratie.

6. Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt stärken – sozialversicherungspflichtige ABM streichen

Trotz anhaltend hoher Arbeitslosigkeit sind bislang längst nicht alle Beschäftigungspotenziale im Bereich einfacher Tätigkeiten erschlossen. Alle Anstrengungen zur Aktivierung von Langzeitarbeitslosen und geringer Qualifizierten müssen daher klar auf eine zügige Integration in eine reguläre, bei geringer Qualifikation auch niedriger entlohnte Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet werden. Geradezu absurd wäre es, für angeblich nicht mehr in den ersten Arbeitsmarkt Vermittelbare neben den gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“) auch noch sozialversicherungspflichtige Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) einzurichten. Diese sind nicht nur teuer, sondern haben ihre Unwirksamkeit bereits in der Vergangenheit unter Beweis gestellt. Es ist auch nicht vermittelbar, dass mit einer steuerfinanzierten Beschäftigung neue Ansprüche an die Sozialversicherung und damit an die Solidargemeinschaft erworben werden. Der Gesetzgeber muss im Sozialgesetzbuch II klarstellen, dass aus Steuermitteln keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für erwerbsfähige Hilfebedürftige am zweiten oder dritten Arbeitsmarkt finanziert werden darf.

7. Öffentliche Arbeitsgelegenheiten nur unter voller Transparenz und Kontrolle einrichten

Vor allem als Instrument zur Überprüfung der Kooperationsbereitschaft, zur Verdeutlichung der Gegenleistungspflicht, aber auch als vorübergehende sinnvolle Tätigkeit im Interesse der Allgemeinheit sind die so genannten Zusatzjobs grundsätzlich sinnvoll. Absoluten Vorrang muss aber jederzeit die schnelle Vermittlung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt besitzen und es muss sichergestellt sein, dass keine Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt verdrängt werden. Ohne vollständige



Konsequente Reform von „Hartz IV“
– 10-Punkte-Plan der BDA –
Berlin, 31. Juli 2006

Transparenz und ausreichende Kontrolle dürfen keine öffentlichen Arbeitsgelegenheiten geplant, eingerichtet und durchgeführt werden. Durch gesetzlich verpflichtende Beiräte aus Vertretern der regionalen Wirtschaft muss gewährleistet sein, dass gegen das Votum der Arbeitgeber und Arbeitnehmer keine Arbeitsgelegenheiten eingerichtet werden. Zugleich muss die Aufnahme einer Arbeit am ersten Arbeitsmarkt stets attraktiver bleiben und dürfen durch eine solche Förderung keine neuen Ansprüche auf Arbeitslosengeld erworben werden.

8. Jugendliche Hilfebedürftige konsequent fördern und fordern

Jugendliche dürfen nach der Schule nicht die Erfahrung machen, dass sie bei den ersten Schritten in ein selbständiges Leben umfassend von der Gesellschaft versorgt werden, ohne eine Gegenleistung zu erbringen. Jungen Menschen unter 25 Jahren, die „Arbeitslosengeld II“ beantragen, muss zum Einstieg in das Berufsleben ein Angebot in Form einer Ausbildung, einer Beschäftigung, eines Praktikum oder notfalls auch einer Arbeitsgelegenheit gemacht werden. Hier sind Wirtschaft, Kommunen und Wohlfahrtsverbände gefordert. Im Gegenzug sollte – um positive Arbeitsanreize zu setzen – die Regelleistung des „Arbeitslosengeldes II“ für nicht erwerbstätige Jugendliche um 50 Prozent abgesenkt werden. Nur wer ein Angebot annimmt, erhält den vollen Regelsatz bzw. bei geringer Entlohnung ein Kombi-Einkommen mit aufstockendem „Arbeitslosengeld II“.

9. Kombi-Einkommen gezielt weiterentwickeln

Das Prinzip des mit „Hartz IV“ eingeführten Kombi-Einkommens aus eigenem Lohn und ergänzendem „Arbeitslosengeld II“ ist einfach und richtig: Niemand darf sich in Arbeitslosigkeit und Transferbezug einrichten, sondern muss sich darum bemühen, eine ggf. auch einfache Arbeit aufzunehmen, um soweit wie möglich zum eigenen und dem Lebensunterhalt der Familie beizutragen. Aus ökonomischen und sozialen Gründen nicht hinnehmbar ist dabei, dass sich derzeit viele Hilfebedürftige offenbar bei viel Freizeit nur ein großzügiges Taschengeld „hinzuverdienen“ wollen und sich so dauerhaft im Leistungsbezug einrichten. Ziel muss immer die Überwindung der Hilfebedürftigkeit sein. Das heutige Kombi-Einkommen sollte z. B. durch eine verbesserte Abstimmung zwischen Steuer- und Fürsorgesystem weiterentwickelt werden. Jedes fortentwickelte Kombi-Einkommen muss immer an die individuelle Hilfebedürftigkeit geknüpft bleiben und darf nicht zu einer flächendeckenden Subventionierung von Arbeitsplätzen entarten. Die viel diskutierte Einführung eines Mindestlohns steht im Widerspruch zu der Idee des Kombi-Einkommens, weil dieser Arbeit noch verteuert und damit gerade gering Qualifizierten Einstiegschancen in den Arbeitsmarkt nimmt.



Konsequente Reform von „Hartz IV“
– 10-Punkte-Plan der BDA –
Berlin, 31. Juli 2006

10. Systemwidrigen Aussteuerungsbetrag ersatzlos streichen

Nach wie vor muss die Bundesagentur für Arbeit für jeden ehemaligen Arbeitslosengeld-Empfänger, der in die Fürsorgeleistung übergeht, das „Arbeitslosengeld II“ plus Sozialversicherungsbeiträge plus Sozialgeld für die Familienangehörigen an den Bund entrichten. Diese system- und wohl auch verfassungswidrige Strafzahlung ist eine Zweckentfremdung von Beitragsmitteln zur Finanzierung des allgemeinen Bundeshaushalts, erhöht die arbeitsplatzfeindlichen Lohnzusatzkosten und muss ersatzlos beendet werden.



Konsequente Reform von „Hartz IV“
– 10-Punkte-Plan der BDA –
Berlin, 31. Juli 2006